



Claus Leggewie

Wirtschaft neu denken – und die Rolle des Staates*

Als Nicht-Ökonom möchte ich eine Brücke schlagen von der vorangegangenen, dem Mega- und Metathema Nachhaltigkeit gewidmeten Ringvorlesung zu den im eigentlichen Sinn wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Vorträgen dieses Semesters. Nach meiner Beobachtung haben wir Jahrzehnte damit zugebracht, Ökologie und Ökonomie als Gegensätze in Stellung zu bringen, falsche Prioritäten zu setzen, weltanschauliche Schlachten zu schlagen, während die Umwelt allmählich und neuerdings rasant zugrunde geht, und die eindeutigen Hinweise, die uns die Naturwissenschaften in Sachen Klimawandel und Artensterben gegeben haben, wurden als Alarmismus abgetan. Mein Vortrag verbindet einige grundsätzliche Erwägungen mit einem konkreten Vorschlag für ökologische Investitionen und einem politischen Modernisierungsansatz. Es geht mir um die Wiedereinbettung der wirtschaftlichen Aktivitäten in die breiteren gesellschaftlichen Vollzüge und ein Wirtschaftshandeln, das die elementaren Naturgesetze anerkennt, konkret also um Dekarbonisierung und den Ausbau erneuerbarer Energien, den Rückbau der fossilen Infrastrukturen und den Abbau unsinniger Subventionen, letztlich die Schaffung einer Kreislaufwirtschaft. Das richtet sich nicht gegen die Marktwirtschaft, es ist vielmehr ein Projekt ihrer Erneuerung und Transformation. Es bestehen freilich ernstzunehmende Zweifel, ob es einen „Grünen Kapitalismus“ überhaupt geben kann. Ein Weg könnte der von uns und anderen konzipierten Zukunftsfonds sein, und eine Voraussetzung der Umbau des Regierungsapparates. Die Große Transformation des laufenden Jahrzehnts setzt viele Brückenbil-

dungen voraus: Brücken nicht nur zwischen Ökologie und Ökonomie und zwischen den herkömmlich getrennten, durch Spezialisierung oft kommunikationsunfähig gewordenen Disziplinen, sondern auch zwischen den Kulturen und Generationen.

Viele Schaubilder zeigen eine ideale Welt der Nachhaltigkeit: in der Schnittfläche von Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft soll es gerecht, tragfähig und lebenswert zugehen. Das Nachhaltigkeitsprinzip geht bekanntlich auf Hans Carl von Carlewitz und seine *Silvicultura oeconomica* von 1713 zurück, eine forstwirtschaftliche Grundlagenforschung, die weniger auf Umwelterhaltung an sich aus war denn auf Sicherung nachwachsender Rohstoffe. Wer jüngst einen Waldspaziergang gemacht hat, hat bitter erfahren, wie weit die aktuelle Forstwirtschaft von diesem konservativen Vordenker entfernt ist.

Nachhaltigkeit geht natürlich nicht ohne „die“ Wirtschaft, die sich lange Zeit als Hauptbremser einer überfälligen Dekarbonisierung betätigt hat, nun aber mehr und mehr zu deren Treiber wird. Unternehmen investieren massiv und ernsthaft in den Rück- und Umbau der fossilen Infrastrukturen, Wirtschaftsverbände mahnen die Regierenden zu rascherem Kohleausstieg, die Wirtschaftswissenschaft hat Nachhaltigkeitsaspekte systematisch einbezogen, sogar McKinsey hat einen ehrgeizigen Plan für Zero-Carbon bis 2045 vorgelegt. Wer die Wirtschaftsteile der FAZ oder des Handelsblatts von heute mit den Ausgaben von vor 20 Jahren vergleicht, wird sie kaum wiedererkennen. Aus dieser Richtung kamen vor 10 Jahren noch die Hauptattacken gegen das WBGU-Gutachten (Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) „Die Große Transformation“, an dem ich mitwirken durfte und dessen Titel wir dem 1944 erschienenen

* Vortrag, gehalten am 25. Oktober 2021 in der Aula der Justus-Liebig-Universität.

Buch des Wirtschaftshistorikers Karl Polanyi entnommen haben, der „re-embedding“, die Wiedereinbettung der Wirtschaft in die gesellschaftlichen Systeme forderte. Ein verselbständigter, „entbetteter“ Kapitalismus wurde 1945 als Hauptverursacher für Kriege, Krisen und Imperialismus gesehen. Dabei war der k.u.k.-Ungar Polanyi, im US-Exil gelandet, kein Antikapitalist, aber er wollte die kapitalistische Wirtschaft, die er bejahte, von der kapitalistischen Gesellschaft unterscheiden, deren Durchmone-tarisierung und Kommodifizierung er zurückwies. Das war eigentlich schon das Ende des Homo Oeconomicus, des einseitigen Nutzen-maximierers, der nie zum allgemeinen Menschenbild taugte.

Kapitalismuskritik, das zeigen jüngste Umfragen, ist weit verbreitet: mehr als die Hälfte der befragten Deutschen steht der kapitalistischen Wirtschaft eher oder sehr negativ gegenüber, vor allem wegen der wachsenden sozialen Kluft, der Umweltschäden und der Verknappung preiswerten Wohnraums. Ich bin gespannt, was eine erklärte Kapitalismuskritikerin wie Janine Wissler dazu sagen wird, möchte heute gleichwohl die Chancen für einen „Green New Deal“ unterstreichen, der jetzt weltweit gefordert und diskutiert wird. Ich greife dabei auf Überlegungen zurück, die ich mit meinem Historiker-Kollegen Friedrich Lenger entwickelt habe und die deswegen mit Werner Sombart, dem „Kathedersozialisten“, einsetzen. Der postulierte 1904, man müsse „dem wilden Tier ‚namens Kapital‘ Zügel anlegen“, auch damals schon im Blick auf die Umweltzerstörung. Das eingängige Bild, man müsse „diesem wilden Tier Zügel anlegen“, führt in die Irre, würde damit eine Naturwüchsigkeit kapitalistischer Entwicklung unterstellt, die es so nie gegeben hat. Kapitalismus ist stets an institutionelle Voraussetzungen, zuvörderst Eigentumsrechte, gebunden, an deren Schaffung gesellschaftliche Gruppen und politische Parteien von Beginn an wesentlich beteiligt sind. Adam Smiths *commercial society* beschrieb weniger einen Naturzustand, der durch staatliche Intervention verfälscht wird, als vielmehr eine Utopie, die der schottische Gelehrte den widrigen wirtschaftspolitischen Gegeben-

heiten im Vereinigten Königreich des 18. Jahrhunderts entgegensetzte. Smith wendet sich entschieden gegen die staatliche Privilegierung bestimmter Interessengruppen und ihrer Monopolstellung, die auf Kosten der Verbraucher geht (Das lässt sich heute von wirtschaftlichen Monopolen wie den Big Four behaupten.).

Will sagen: Anders als es die wirtschaftsliberale Dauerforderung nach Freisetzung der Marktkräfte nahelegt, sind Märkte nicht einfach da, sie müssen geschaffen werden, und wie das auch die Debatte um die *varieties of capitalism* zeigt, gibt es nicht *den* Kapitalismus, sondern *viele* Kapitalismen. Und nun auch einen grünen? Schon die Marx'sche Kapitalismuskritik war (mehr als lange wahrgenommen) von den schädlichen Wirkungen der kapitalistischen Produktion auf die natürliche Umwelt durchzogen. In den Frühschriften übernahm er den Begriff „Stoffwechsel“ unter anderem von unserem Justus Liebig, definierte ihn als „fortwährenden Austausch von Materie“, wodurch Pflanzen, Tiere und Menschen „ihre Individualität erhalten, indem sie dieselbe fortwährend neu erzeugen“. Mit Wilhelm Roscher ging der Begriff in die Nationalökonomie als Austausch zwischen Mensch und Natur ein, „zunächst unabhängig von jeder bestimmten gesellschaftlichen Form“. Dabei tritt der Mensch dem „Naturstoff“ als „eine Naturmacht“ entgegen. Er soll und kann ihn nicht beherrschen, „wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht“, also wie jemand, der „außerhalb der Natur steht“, Marx wusste, „daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn“. Tut er ihr Gewalt an, so beschädigt er sich selbst; denn für jeden Eroberungssieg „rächt“ sich die Natur und bringt „unvorhergesehene Wirkungen“ zum Schaden der Menschen hervor. Prophetisch kam rund 130 Jahre nach Carlewitz eine komplexere Idee von Nachhaltigkeit als geschlossener Kreislauf im besagten Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur ins Spiel. Nachhaltig ist er, wenn zwischen der Entnahme und der Zurückerstattung ein Gleichgewicht besteht; nicht nachhaltig „durch Störung des Gleichgewichts zwischen Ausgabe und Entnahme“ oder einen „fehlerhaften Kreislauf“. Bei Marx ist auch schon eine Vorstellung von

Generationengerechtigkeit in einer „rationell geregelten“ Produktion angelegt. Könnte man diesen Ansatz im Sinne einer „gesamtkapitalistischen Rationalität“ interpretieren, womit wir zu der am Ende entscheidenden Frage kommen, ob der Kapitalismus (und wenn ja, welche Variante) die allfälligen Zerstörungsprozesse, die die Menschheit an den Rand lebensgefährdender Kippunkte gebracht haben, in den Griff bekommen kann. Und ob eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft (mit oder ohne Wachstum) mit den Grundprinzipien kapitalistischer Marktwirtschaften überhaupt vorstellbar ist, wenn diese doch stets (mit) ursächlich war für die Zerstörung der Umwelt. Heute klafft zwischen den strukturellen Grundlagen von Produktion und Reproduktion und den durch planetare Grenzen gesetzten ökologischen Notwendigkeiten ein riesiger Graben. Das bedeutet weder, nur und erst nach der Verwirklichung einer (neo-)sozialistischen Utopie könne wirtschaftliches Handeln mit den Erfordernissen von Nachhaltigkeit in Einklang stehen (wie Linke sagen), noch dass Reformanstrengungen überflüssig seien (wie Radikalökologen meinen). Denkbar ist eine Kombination: technologischer Sprung, gezielter Einsatz staatlicher Hebel, durchschlagende Lebensstiländerungen der Konsumenten und Druck der partizipationsbereiten Bürgerschaft – ein Programm, das wie nebenbei ungeahnte unternehmerische Energien freisetzen könnte, von denen die Erneuerungsdynamik des Kapitalismus stets gelebt hat, ohne dass damit notwen-



Prof. Dr. Claus Leggewie während seines Vortrags. (Foto: JLU/Roland Duss)

dig eine noch höhere Stufe der Naturvernutzung und -zerstörung einhergehen muss. Vier Faktoren könnten im Sinne des Green New Deal zusammenwirken:

– staatliche Anreize „von oben“ durch eine „grüne“ Fiskalsteuerung und verstärkte Banken- und Börsenaufsicht, die zum Beispiel Cum-Ex-Geschäfte und Future Trades verhindert;

– ethische Selbsterneuerung des Finanzgewerbes „von innen“ durch „green banking“;

– Divestment- und Boykott-Initiativen „von unten“ durch Verbraucher- und Nichtregierungsorganisationen;

– die Aufsetzung grüner Investments-Fonds.

In diesem Zusammenhang fragt sich, wie ernst gemeint etwa der Vorschlag von EZB-Chefin Christine Lagarde gemeint war, als sie bei der Vorstellung der Investitionsplanung im Herbst 2020 das für die Zentralbank essentielle Prinzip der „Marktneutralität“ als „nicht immer sinnvoll“ in Frage stellte. Es besagte, dass Notenbanken des Eurosystems ihre „QE“ (*Quantitative Easing*) genannten Anleihekäufe so gestalten sollen, dass sie den Markt nicht verzerren und weder einzelne Staaten noch Unternehmen bevorzugt werden. Wer sich aber für mehr Klimaschutz einsetze, dem müsste die Bevorzugung „grüner“ Unternehmensanleihen erlaubt sein. Lagarde bestätigte ein aus kapitalismuskritischer Sicht stets moniertes Marktversagen, da die Finanzmärkte offensichtlich *nicht* in der Lage waren, Umweltrisiken mit dem richtigen Preis zu versehen. Für das deutsche EZB-Direktionsmitglied Isabel Schnabel wurde sogar umgekehrt ein Schuh daraus, da der Klimawandel Risiken mit sich bringen könnte, die auch das EZB-Ziel der Preisstabilität gefährden. Die grüne Transformation der Wirtschaft gefährdet nämlich viele klimaschädlich agierende Unternehmen in ihrer Existenz, ich ergänze: zu Recht!, woraus sich Verlustrisiken für die Investoren und Geldgeber ergeben, welche die Stabilität des Finanzsystems insgesamt gefährden. Nicht nur die EZB fragt sich, woher die Investitionen für Klima- und Artenschutz bezahlt werden sollen; wir geben uns verzweifelt, dass das Geld ohne Steuererhöhungen nicht zu beschaffen sei. Das stimmt, insofern schon mehr Steuergerechtigkeit und weniger Steuervermeidung (wie zuletzt in den Panama- und Pandora-Papers eindrücklich aufgedeckt) sowie die Streichung von Subventionen und steuerlichen Anreize, die immer noch in fossile Industriezweige gegeben werden, Milliarden an Investitionsmitteln bereitstellen würde.

Ein konkreter Ansatz könnte der von mir gemeinsam mit David Löw Beer, Teresa Schlüter und Hans-Joachim Schellnhuber vorgeschlagene Zukunftsfonds für die Nachhaltigkeitswende sein. Ein solcher böte unseres Erach-

tens einen praktikablen Weg zur baldigen Dekarbonisierung, der sowohl sozial verträglich ausgestaltet ist als auch Ansprüchen an Generationengerechtigkeit genügt. Angesichts der Dringlichkeit des Problems rechtfertigt ein etwaiges Ungenügen der theoretischen Gesamtposition sicherlich keinen weiteren Verzicht auf praktisches Handeln. Der Fonds hat als Ziel die Möglichkeit von langfristigen Anlagen auf Grundlage strenger Nachhaltigkeitkriterien mit einer Dividende für die sozial- und strukturpolitische Flankierung der Transformation und einer generellen Entlastung der Strom- und Mehrwertsteuer. Die Einnahmen speisen sich aus CO₂-Steuern und dem Emissionshandel und, das wäre die Steuererhöhung, aus einer Flat-Tax-Nachlasssteuer von 25 % bei Nachlässen von über einer halben Million Euro, die unseres Erachtens dadurch gerechtfertigt sind, dass Erbschaften in Millionenhöhe allesamt durch die kumulierte fossile Produktion der letzten Jahrzehnte genährt worden sind und sozialstrukturell zu einer endlosen Privilegierung der Reichen und Superreichen führen. Die deutschen Erbschaftssteuersätze liegen im internationalen Vergleich skandalös niedrig.

Ich komme damit zu meiner Schlussfolgerung: Den Staat wieder einbringen! Das neoliberalen Leitbild, man solle und könne staatliche Aufgaben in einem reinen Nachtwächterstaat erfüllen, war immer eine Illusion: „Marketcraft“ kommt erst durch „statecraft“ zur Geltung – Märkte waren wie gesagt nicht einfach da, sie mussten geschaffen werden. Adam Smith war ein Staatskritiker vor allem da, wo durch staatliches Handeln bestimmte Interessengruppen privilegiert und Monopole auf Kosten der Verbraucher gebildet werden konnten. Die marktradikale, man könnte auch drastischer sagen: marktblöde Entstaatlichungsrhetorik der 1970er bis 1990er Jahre verschleierte solche Effekte, die erheblich zur Verschärfung sozialer Ungleichheit beigetragen hatten. Und ganz offen betrieben wird „state capture“, bei der sich Privatinteressen und Parteien den Staat regelrecht zur Beute machten und Autokratien stärken, wie wir es

in den postkommunistischen Staaten, aber auch in den USA und Brasilien erleben. Wer sich da ungerührt auf Friedrich Hayek oder gar Ayn Rand beruft, um den Staat noch weiter zurückzudrängen und zu diskreditieren, sollte nach der Bankenkrise 2008/2009 und jetzt in der Pandemie auf Staatshilfen selbst „ausnahmsweise“ verzichten haben. Aber nebbich: Steuerprivilegien, Kapitalaufstockungen, Bürgschaften, Sofort- und Überbrückungshilfen und vieles andere waren und sind hochwillkommen.

Der Staat wird benötigt, wenn der Markt versagt. Dabei entpuppt sich „Staat“ ohnehin als eine idealtypisch stilisierte Entität gegenüber dem Markt und der (Zivil-)Gesellschaft; staatliche Institutionen (wie das öffentliche Recht) und Organisationen (wie die Bürokratie) sind in der Praxis weit stärker vergesellschaftet als die theoretische Überordnung des Gewaltmonopols vermuten lässt. Das führte zu dem Anstoß, den Staat „wiedereinzubringen“, staatliche Funktionen also nicht nur als Notanker bei Katastrophen und Krisen zu würdigen, sondern ihren möglichen Beitrag zur aktiven Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft herauszustreichen, wie das jetzt mit der Widmung der Recovery-Programme der EU nach der Pandemie für klimafreundliche Ziele im Prinzip geschehen soll. Der nationale Staat versagt bei der Kontrolle unerwünschter Globalisierungsfolgen und bei der Abwendung massiver Umweltkrisen, namentlich des Klimawandels und des Artensterbens, sowie anderer, die Belastungsgrenzen erreichenden und schon überschreitenden Zerstörungstendenzen, die sich zu verhängnisvollen Kipppunkten des Erdsystems verbunden haben. Es wurden Ansätze der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik in den Staatsverwaltungen verankert, nicht zuletzt unter dem Eindruck von neuen sozialen Bewegungen und im Einklang mit einem breiter werdenden Wertewandel. Zudem wurden internationale Konventionen und Verträge (wie Paris 2015) aufgesetzt. Aber es mangelt an entscheidenden Durchbrüchen. Nachhaltige Technologieinnovationen sind vorhan-

den, das Investitionsverhalten der Unternehmen verändert sich, eine umweltsensible Bürgergesellschaft hat sich zu individuellen und kollektiven Verhaltenskorrekturen durchgegriffen. Weiterhin fehlt aber der ökologische „Wumms!“, also eine entschlossene Hebelwirkung mit allen Instrumentarien staatlichen Handelns von der Gesetzgebung und Verbotsverordnung über finanzielle Anreize und persuasive Kommunikation. Stattdessen werden fossile Industrien weltweit immer noch subventioniert (Verstoß 1 gegen die Marktwirtschaft), Lobbyinteressen z.B. der Energiewirtschaft berücksichtigt (Verstoß 2) und Investitionen in untergehende Branchen gelenkt (Verstoß 3). Wir haben keine Markt-, sondern oftmals eine Machtwirtschaft.

Bei Koalitionsverhandlungen werden nicht nur Programme angeglichen und Posten vergeben, es bedarf einer weitgehenden Reform der Regierungsorganisation, die meiner kritischen Lektüre nach bisher einzig Robert Habeck auf dem Schirm hatte. Die Ressortverteilungen der letzten dreißig Jahre in der Farbenlehre der Berliner Republik demonstrieren die schwarze Hegemonie im Kanzleramt, die großkoalitionäre Aufteilung des Finanzministeriums, die Vizekanzlerdomänen auswärtiger Politik für die kleinen Koalitionspartner, die roten und blauen Domänen – und endlich ein Post-Ressort, das aufgegeben wurde, obwohl es genau den Keim des ersehnten Digitalministeriums hätte abgeben können.

Ressorts sind bekanntlich die Heiligtümer der Bürokratie. Das Ressortprinzip ist in Art. 65, Satz 2 Grundgesetz verankert: Für den jeweiligen „Geschäftsbereich“ ist ein Bundesministerium zuständig, das seine Aufgaben „selbstständig und unter eigener Verantwortung“ verfolgt; neben der Erstzuständigkeit, einem fachlichen Initiativrecht, beinhaltet das auch eine Letztzuständigkeit, wenn es um die Konkretisierung und Implementierung einer Maßnahme oder eines Gesetzes geht. Soweit die Theorie. Sie erinnern sich vielleicht noch an den offenen Streit zwischen Agrar- und Umweltressort 2017, als der damalige Landwirtschaftsminister Gerd Müller (CSU) bei ei-

ner EU-Entscheidung die deutsche Stimme für die bis dahin fehlende Zulassungsverlängerung von Glyphosat abgab, gegen das klare Veto der Umweltkollegin Barbara Hendricks und die Gepflogenheit von Regierungen, sich bei internen Differenzen der Stimme zu enthalten. Damals flogen die Fetzen, denn Müller verletzte das ebenfalls im Grundgesetz verankerte Kollegialprinzip (Art. 65, S. 3), das Regierungsmitglieder verpflichtet, mehrheitliche Beschlüsse nach außen gemeinschaftlich zu vertreten. In Sachen Insektenschutz drängte zuletzt die Bundeskanzlerin auf einen Konsens und brachte so ein weiteres Verfassungsprinzip zur Geltung, die Richtlinienkompetenz (Art. 65, S. 1 GG) der Kanzlerin, die auch in anderen Konfliktfällen stets eine eher informelle Autoritätsreserve darstellt. Vermeintliche Zielkonflikte zwischen Ökonomie und Ökologie, zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit haben notorisch zu Ressortstreitigkeiten zwischen den zuständigen Ministerien geführt. Die Härte des Ressortegoismus erwies sich nicht zuletzt daran, wenn ein Amtsinhaber gleich welcher Couleur vom Bundesministerium Umwelt ins Bundesministerium Wirtschaft wechselte, wie im Fall von Sigmar Gabriel und Peter Altmaier, die sich den jeweiligen Ressorts chamäleongleich anpassten. Und ich scheue mich nicht zu fordern, dass das Wirtschaftsministerium neben dem Verkehrsministerium als reinen Subventionstankstellen ohne jede konzeptionelle Fantasie heute das überflüssigste von allen ist. War denn ein Wirtschaftsminister „unzuständig“ für ein Thema wie Klima- und Artenschutz, oder kann auf der anderen Seite des Kabinetttisches eine Umweltministerin dafür „alleinzuständig“ sein? Das ist angesichts der Komplexität der Materien ein hoffnungslos veraltetes Denken; die anstehenden Infrastruktur-Maßnahmen erfordern ressortübergreifende Vernetzung der Verwaltungen, die einem Einzelministerium höchstens noch eine Koordinierungsrolle zuweist. Organisations- und Politikberater und Politikwissenschaftler mahnen seit Langem eine „Modernisierung“ an, die meistens nur eine Verbesserung der

Kommunikation und eine Effizienzsteigerung im Auge hat.

Am Beispiel des Klima- und Artenschutzes und anderer, der Politik im Anthropozän aufgezwungenen Dringlichkeitsaufgaben drängen jedoch inhaltliche Aspekte zu einer Reorganisation der Exekutive, genau wie übrigens zur Aufhebung des hochspezialisierten Fakultätendiskurses an den Universitäten in eine holistische Richtung. In diese Richtung gingen Vorschläge der in London tätigen Wirtschaftsprofessorin Mariana Mazzucato an die EU-Kommission von 2019, versäulte „Silo-Interessen“ einzelner Politikfelder – exemplarisch die lobbyabhängige Agrar- und Gesundheitspolitik – durch akteurs- und sektorenübergreifende „Missionen“ zu überwinden, um Politikerfolge zu beschleunigen und Selbstblockaden zu vermeiden. Solche Missionen können die Vermeidung tödlicher Unfälle im Straßenverkehr oder die Stärkung der Prävention im Gesundheitswesen sein – bis hin zu den Null-Zielen der Dekarbonisierung. Keines dieser Ziele kann von einzelnen Ressorts verantwortet und bewältigt, aber auch nicht zur Chefsache an der Spitze der Exekutive delegiert werden; es bedarf der flexiblen Mitwirkung *aller* Ressorts, die über die Erreichung der gesteckten Ziele Sektor für Sektor Rechenschaft ablegen müssen. SPD-Kanzlerkandidat Scholz hatte sich den Terminus für die Missionen Klimaneutralität, Mobilität, Digitalisierung, Gesundheitsversorgung im Wahlkampf zu eigen gemacht, wobei zu beachten ist, dass das bisher von ihm geführte Finanz-Ministerium durch seine Haushaltsaufsicht de facto schon ein faktisches Querschnittsressort war, allerdings eher als Disziplinarinstrument und in der Regel ohne die gewünschten Innovationsimpulse. Diese könnten in einer missionsbezogenen Infrastrukturfinanzierung unter Einbeziehung öffentlicher und privater Investoren und angemessener demokratischer Kontrolle in Zukunftsfonds weit besser zur Geltung kommen. Das Missionenprinzip ist meines Erachtens kein Import neoliberaler Flexibilisierung in die Regierungsorganisation, sondern rich-

tig angewendet ein Beitrag zur Stärkung des Staates und zur Rückkehr einer aktiven Staatlichkeit.

Wir benötigen also eine neue politische Farbenlehre, in der sich nicht nur eine Ampelkoalition finden könnte, eine lagerübergreifende, auch für den Klima- und Artenschutz kämpfende Abgeordnete der künftigen Opposition einbeziehende Koalition der Willigen, die das Gebot der Stunde verstanden hat und den Green New Deal als Gemeinschaftsvorhaben durchzieht.

Die dann auch unsere Studierenden nicht in Apokalypse und Kollaps verharren lässt, sondern den in Routine und Eigennutz verharrenden Homo Oeconomicus durch den Homo Cooperativus ablöst, der – in bester Unternehmermanier – zu neuen Ufern aufbricht.

Welche Institution, wenn nicht die Universität, kann der Ort sein, eine solche Reflexion zu stimulieren?

Anmerkungen:

Die Thesen dieses Vortrags sind ausgeführt und belegt in den folgenden Publikationen des Autors:

Mit Friedrich Lenger: Reformfähigkeit des Kapitalismus? Zur Möglichkeit eines Green New Deal, in: Shalini Randeria (Hg.), Kapitalismus im 21. Jahrhundert, Wien 2021, S. 117–140.

<https://makronom.de/adam-smith-corona-und-das-comeback-des-staates-38414>

Mit David Löw Beer, Hans-Joachim Schellnhuber und Teresa Schlüter, In: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 99 (2019) 8, S. 532–535.

<https://makronom.de/vom-ressort-zur-mission-39259>

Kontakt:

Claus.Leggewie@planet.uni-giessen.de